

Liebe Freundinnen und Freunde,

durch die Volksabstimmung hat sich am Projekt Stuttgart 21 natürlich nichts geändert:

- Die tatsächlichen Kosten werden die 4,5 Mrd Obergrenze übersteigen
- Und der sogenannte Stresstest hat nicht davon überzeugt, dass der Tiefbahnhof leistungsfähiger ist.

Der Kampf gegen Stuttgart 21 ist ein Kampf mit ungleichen Waffen:

Auf der einen Seite wir Stuttgart 21 Gegner, Bürger bzw. „Wutbürger“ , auf der anderen Seite die Wirtschaft, das Kapital, die Honoratioren der Verwaltung.

Das spiegelt sich auch in der örtlichen Presse wieder. Ich möchte nur mal vergleichen, an welcher Stelle im Gea vor der Volksabstimmung die Anzeigen des Aktionsbündnisses gegen S21 und der Befürworter standen. Die Anzeige des Aktionsbündnisses kam ziemlich weit hinten, politisch korrekt eine Woche vor der Volksabstimmung. Die Befürworter hatten jedoch noch einen Tag vor der Abstimmung Anzeigen ganz vorne drin!

Die Bürgermeister im Kreis Reutlingen, unsere OB in Reutlingen nicht ausgenommen, und der Landrat haben massiv für Stuttgart 21 geworben – in meinen Augen haben sie ihr Amt, ihr Ansehen eingesetzt, um dem Projekt zum Erfolg zu verhelfen – ist das nicht Amtsmissbrauch?

Wieder ein Punkt, an dem klar wird, wie undemokratisch die politischen Strukturen in unserem Land sind.

Und: das bestehende Quorum für Volksabstimmungen in Baden-Württemberg ist zutiefst undemokratisch. Dagegen sollten wir weiter vorgehen.

Die Linke Baden-Württemberg wird die Stuttgart 21 Gegner weiter unterstützen. Für die Linke ist der Protest legitim und die Kritik am Milliardengrab S21 berechtigt. Die 41%, die sich bei der Volksabstimmung gegen das Projekt ausgesprochen haben, können sich jetzt nur noch außerparlamentarisch gegen S21 einsetzen.

Bürgerprotest hat in Reutlingen Geschichte:

In der „Reutlinger Petition“ hat Friedrich List formuliert:

*„Ein oberflächlicher Blick schon auf die innern Verhältnisse Württembergs muss den unbefangenen Beobachter überzeugen, daß die Gesetzgebung und Verwaltung unseres Vaterlandes an Grundgebrechen leiden ... Eine von dem Volk ausgeschiedene Beamtenwelt behauptet das Monopol der öffentlichen Verwaltung, jeder Einwirkung des Bürgers, gleich als wäre sie staatsgefährlich, entgegenkämpfend.“*

Das Reutlinger Aktionsbündnis hat ja bereits ein Transparent mit Zitaten aus dieser Petition erstellt.

Friedrich List fordert die Trennung der Rechtsprechung von der Verwaltung, Kommunalwahlen und Kontrolle durch die Bürger. Er wurde für diese Petition aus dem Landtag ausgeschlossen und auf dem Hohenasperg inhaftiert. Er verteidigte sein Vorgehen, und das folgende Zitat gefällt mir sehr gut:

*„Wo Freiheit, Ehre und Vermögen des Bürgers durch verfassungswidrige Handlungen der Staatsfunktionäre bedroht sind, da wird es wohl keiner Entschuldigung bedürfen, wenn der Verfolgte an die öffentliche Meinung appelliert.“*

Nehmen wir uns also Friedrich List, der nicht nur Eisenbahnpionier, sondern auch bekennender Demokrat war, zum Vorbild!

15.12.2011

Petra Braun-Seitz